

Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Reich'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Wiefinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Wiefinger in Neuenbürg.

Nr. 198 Donnerstag den 25. August 1932 90. Jahrgang

Luther gegen jedes Inflationsexperiment

Der Reichsbankpräsident vor dem Deutschen Genossenschaftstag

W. Dortmund, 24. Aug. Die Verhandlungen des 68. Deutschen Genossenschaftstages fanden ihren Abschluss mit einer Rede des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther, der u. a. erklärte: Wenn man auch noch nicht sagen kann, daß die Wirtschaftslage ihren Drehpunkt bereits durchschritten hat, so ist doch die elementare Kraft des Schrumpfungsvorganges der Wirtschaft nicht mehr so groß, daß man nicht alles daran setzen möchte, den Wirtschaften wieder Mut zu machen, und daß man nicht mit wohlüberlegten und entscheidenden Maßnahmen zu Staatseingriffen und der Reichsbank zum mehrer Versuchen Schritte und Schritte des Genossenschafts und der Ausbreitung der Wirtschaftstätigkeit, die auch eine Verteidigung der Geldwährung bedeutet, notwendig ist; aber es ist zu betonen, daß nach allen bisherigen Erfahrungen der Menschheit nur durch Einföhrung des privatrechtlichen Erfolgsrechtes, aber auch der privatrechtlichen eigenen Verantwortung jener höchste Ruf Erfolg aus der Wirtschaft herausgeholt werden kann, der herausgeholt werden muß, soll Deutschland einer neuen Blüte entgegengeführt werden.

Möglich ist es und nützlich, den deutschen Menschen in tauschfähigem Maße auf die Ergebnisse des deutschen Bodens zu verweisen. Es gibt aber Grenzen, die von den Nationalen unterirdischen Plänen überschritten werden.

Die absolute Antarktis würde mit Not und Tod sehr vieler Deutschen überzahlt werden.

Die Landwirtschaft kann nur dann die Preise erzielen, die zu ihrer Erhaltung notwendig sind, wenn die Kaufkraft der Bevölkerung eine starke Ergänzung durch Beschäftigung im Dienste der Industrie erfährt. Die vielen, die so bedingungslos für eine am Schreibtisch erdachte Planwirtschaft eintreten, machen sich keine Klarheit, daß auf dem Wege zur Erreichung der planwirtschaftlichen Ziele eine Gläubigerkrise liegen muß, der Millionen von Deutschen zum Opfer fallen.

Auch die Währung ist kein Versuchsfeld, keine Stelle, an der, ohne die Erfahrungen der Vergangenheit zu denungen, herumgeschaltet werden darf. In allen Krisenzeiten sind Pläne aufgestellt, durch Währungsversuche den Druck der Krise abzumildern. Wie ist durch ein Experimentieren mit der Währung dieser Krisenstand dauernd gemindert worden, wohl aber werden Krisen durch Währungsversuche zu Katastrophen.

Mit der Kampferstimmung der offenen, verklärten oder passiven Inflation sich als Reichsbankpräsident Vollständigkeit zu erlangen, die sicher rasch einer ewigen Verfluchung Platz machen würde, muß ich vor meinem Gewissen und vor meinem Verantwortungsgedächtnis gegenüber meinem Vaterlande abstecken.

Die Reichsbank ist bereit, der Wirtschaft für jeden wirtschaftlich gefunden Zweck ihre Kreditkraft zur Verfügung zu stellen. Den Stillstand des Wirtschaftslebens als solchen kann aber nicht die Notenbank überwinden, sondern nur der Wille der Teilnehmer des Wirtschaftslebens, nicht mehr still zu stehen. Gegenüber der Forderung, das Gold als Währungsgrundlage aufzugeben, ist zu sagen, daß man einen anderen internationalen Wertmesser als Gold bisher nicht gefunden hat. Die falsche Goldverteilung auf der Erde hebt seine Eigenschaft als Wertmesser nicht auf.

Auf die aktuellen Probleme der Inflation ging Dr. Luther nicht in vollem Umfange ein; er behielt sich seine ausführliche Stellungnahme vielmehr für eine demnächst an anderer Stelle zu haltende Ansprache vor, mit Rücksicht auf die Erörterungen, die zuerst noch zwischen der Reichsregierung und der Reichsbank abzuwehen.

Was den Diskontsatz anbetrifft, sagte Dr. Luther, so ist die Reichsbank zur weiteren Senkung schon seit längerer Zeit bereit. Wenn diese Diskontsenkung bisher nicht erfolgt ist, so liegt das lediglich an der Vorkaufsfrist des Bankgesetzes, die bei Unterschreitung der Prozentsgrenze eine Verlangung eines Diskontsatzes von weniger als 5 Prozent für unzulässig erklärt. Wunsch und Bemühungen der Reichsbank gehen dahin, daß die gesetzlichen Hindernisse, die die Freiheit der Diskontpolitik der Reichsbank einengen, so bald als möglich beseitigt werden.

Sam Abkühlung seiner Darlegungen behandelte der Reichsbankpräsident noch kurz die Organisation des Bankwesens. Obwohl die schwere Wirtschaftskrise die Notwendigkeit herbeigeführt habe, in großem Umfang den Kredit der Reichsbank innerhalb des Bankwesens einzuführen, so könne doch eine Verstaatlichung des Bankwesens nicht die Lösung bedeuten. Für die Zukunft komme es darauf an, durch echte und durchgreifende Reformmaßnahmen alles, was Staats- und öffentliche Aufgaben-Erfüllung sei, gesund und fruchtbar zu machen. Das private Wirtschaftsleben aber könne nur in der Luft der Freiheit und der Selbstverantwortung der Wirtschaft gedeihen. Das Durcheinander von Staat und Wirtschaft habe nur Unheil gebracht. Um das Wohl der Gesamtheit willen müßten härtere Staat und freie Wirtschaft die Leitsterne sein.

Untersuchungsausschuh nach Deuthen einberufen

Berlin, 24. Aug. (Eig. Meld.) Der Vorkommende des Reichstagesuntersuchungsausschusses, Abg. Reichler (Nat.-Soz.), hat den Ausschuh für den 2. und 3. September nach Deuthen einberufen, wo sich der Ausschuh an Ort und Stelle mit den Todesurteilen gegen die 5 Nationalsozialisten befassen soll. Die nach der Geschäftsordnung des preussischen Landtags für die Abhaltung von Ausschuhssitzungen in der vollstundigen freien Zeit erforderliche Genehmigung des Landtagspräsidenten ist bereits erteilt worden.

Justizrat Dr. Vitzgumb, der Verteidiger der Deuthener Verurteilten, erklärte heute dem Breslauer Vertreter des „Södlischen Beobachters“, ihm seien neue Beweismittel beigebracht worden, die es notwendig erscheinen liehen, den Botenpa-Prozess im ordentlichen Gerichtsverfahren nachzuwiesen. Es sei ihm gelungen, festzustellen, daß der getötete Botenpa am Abend des 9. August zwischen 10 und 11 Uhr einen SA-Mann namens Sowa mit 12 anderen Kommunisten überfallen habe. Ein Begleiter des Ueberfallenen sei zum Schmitt Bachmann geüßt, bei dem das SA-Schutzkommando lag, und habe um Hilfe gebeten. Damit erweise der Sachverhalt eine völlig neue Beleuchtung.

Der Stahlhelm hat sich mit einem Schreiben an den Reichslangler mit der Bitte gewandt, die durch das Deuthener Urteil über 5 Angehörige der SA verhängte Todesstrafe auf dem Gnadewege von den Verurteilten abzuwenden. Ein weiteres Gnadengesuch hat der Königin-Luise-Bund an den Reichspräsidenten gerichtet.

Neue Demonstrationen in Deuthen

W. Deuthen, 24. Aug. Im Zusammenhang mit der von nationalsozialistischer Seite durch ein Extrablatt angekündigten angeblich bevorstehenden Ueberführung der 5 zum Tode verurteilten SA- und SS-Leute aus dem Deuthener Gerichtshaus nach der Strafanstalt in Groß-Strelitz hat sich in den Abendstunden in den Straßen von Deuthen eine größere Anzahl von Nationalsozialisten in Uniform in geschlossenen Formationen angesammelt, die unter Führung des Dorf-Weibel-Heddes und anderer nationalsozialistischer Mitglieder der Straße der Stadt in der Nähe des Strafgerichtshauses durchzogen. Wieder wurden mehrere Schwenkerhelfer zertrümmert. Augenblicklich steht vor dem SA-Ordnung in der Bahnhofstraße immer noch eine größere Menschenmenge, gleichfalls zum Teil in Uniform. Der Ausgang der Nationalsozia-

Auflösung — und was dann?

Nur noch wenige Tage trennen uns von dem Datum des 30. August, an dem — wenn alles sein säuberlich nach den geschriebenen Buchstaben und Paragrafen ablaufen könnte — das Reichsparlament seiner Bestimmung gemäß die Entscheidung über den politischen Kurs in Deutschland wieder an sich nehmen würde. Aber man hat doch schon sehr stark den Eindruck, als ob die Arbeiter, die vor dem Walltohan die Fischen erneuern und im Plenarsaal neue Bänke für die zukünftigen Abgeordneten stammern, recht überflüssige Arbeit leisten. Gerade die Verschärfung der Gegenläufe, die in den letzten Tagen, im Anschluß an die Deuthener Todesurteile eingetreten ist, hat Hoffnungen oder Befürchtungen — je nachdem — vor einer Wiederbelebung des parlamentarischen Systems ganz erheblich vermindert. Man vermag kaum noch eine Möglichkeit zu sehen, daß in der kurzen noch verfügbaren Zeit die Reichsregierung eine Mehrheit für ihre Politik findet. Auch geringer ist die Aussicht geworden, daß unabhängig von der Regierung eine Mehrheit der Parteien sich findet. In diesem letzteren Falle wäre die Lage der Regierung noch schwieriger geworden, als wenn sie sich auf schmaler Basis der Opposition so ziemlich aller Parteien, die sich aber auch untereinander nicht zu finden vermögen, gegenüberstellte. Würde diese letzte Wahrscheinlichkeit Wirklichkeit, so hat das Kabinett Boden kaum noch einen anderen Ausweg als die neue und sofortige Auflösung des Reichstages. Dann aber könnte es auch aus den verworrenen Verhältnissen eine moralische Verteidigung ableiten, die Wahlreform und die Verfassungsreform auf dem Wege zur Verwirklichung des Bildes des Parlaments in der Zusammenfassung der Fraktionen nicht wesentlich ändern. In drei Monaten können wir also vor der gleichen Tatsache eines aktionsunfähigen Reichstages, der weder eine überparteiliche Regierung stützen will, noch aus sich heraus eine Mehrheitsregierung zu bilden vermag, die Regierung wird es also vor sich selbst zu entscheiden haben, ob sie in den drei Monaten Frist, die sie sich durch eine neuerliche Auflösung verfassungsgemäß unanfechtbar zu schaffen vermag, so grundlegende, so durchgreifende und so überzeugende Wiederaufbauarbeiten leisten kann, daß sie durch ihren Willen, auch zur Umgestaltung der Verfassung und des Wahlrechts den Parteien ohne Schwierigkeiten aufzwingen zu können, oder ob sie durch die Verfassungsreform sich überhaupt erst die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Arbeiten auf lange Sicht schaffen kann. Es wäre sehr schön, wenn der erste Weg erfolgreich beschritten werden könnte. In drei Monaten kann sicherlich allerlei gearbeitet werden. Aber ob es in drei Monaten überhaupt irgend einer Regierung möglich ist, den tief in den Sumpf gefahrenen Karren schon wieder so weit herauszuziehen, daß kein Zweifel mehr am Enderfolg bestehen kann, das ist nun doch noch die große Frage. Je größer ist die Not und je geringer noch der Wille in weiten politischen Kreisen, unter Beiseitehaltung bisheriger Gegenläufe in williger Geselligkeit zusammenzuarbeiten. Wenn unter diesen Umständen die Reichsregierung sich dafür entscheiden sollte, die Verfassungsformen von oben her ohne allen ängstlichen Rücksicht auf die Bestimmungen des bisher geltenden Verfassungsrechts zu ändern, so übernimmt sie zweifellos eine sehr schwere Verantwortung. Wenn sie auf ihrem Wege schließlich zum Erfolg gelangen kann, so wird am Ende alle Welt ihren Mut rühmen. Bleibt aber auch der „konstruktive Aufbauplan“ des Kabinetts Bapen in den Anfängen stecken, so würden uns solche fähigen staatsrechtlichen Methoden nur in noch schwerere politische Konflikte stürzen als wir sie heute durchleben. Die Verantwortung der Männer am Bapen wird riesengroß.

Die Fühlungnahme zwischen Zentrum und Nationalsozialisten

Berlin, 24. Aug. (Eig. Meld.) In politischen Kreisen interessiert man sich lebhaft für die Fühlungnahme, die in Süddeutschland zwischen dem Zentrum und den Nationalsozialisten stattgefunden hat. Es seien jedoch nur, wie ja auch in der aus Zentrumskreisen kommenden Stuttgarter Meldung gelagt wird, führende Vertreter des Zentrums in Stuttgart beisammen gewesen. Man spricht davon, daß gestern eine Zusammenkunft zwischen Dr. Brüning und Gregor Strasser stattgefunden hat, und zwar wahrscheinlich in Konstanz. Die bisherigen Besprechungen scheinen jedoch noch kein positives Ergebnis gebracht zu haben und es ist deshalb wohl nicht ausgeschlossen, daß die Verhandlungen noch weiter gehen. Für das Zentrum haben sie offensichtlich den Zweck, bis zum Zusammentritt des Reichstages gegen die gegebenen Möglichkeiten Arbeit zu schaffen, und zwar sowohl über die Wahl des Reichstagspräsidenten, die ja gleich in den ersten Tagen nach dem Zusammentritt des Reichstages stattfindet, als auch über die parlamentarischen Möglichkeiten einer Regierungsbildung. Solange diese Fühlungnahme noch nicht abgeschlossen ist, läßt sich über das Ergebnis natürlich schwer etwas sagen. Vorläufig ist nur festzustellen, daß man die Ausschichten in politischen Kreisen vorwiegend skeptisch beurteilt.

Bayerische Stimmen zum Deuthener Urteil

München, 24. Aug. (Eig. Meld.) Die „Bayerische Staatszeitung“ äußert zum Deuthener Urteil und zur Aenderung der Reichsregierung, daß die Regierung gar nicht anders handeln könne, als den rohen de bronze der Staatsautorität aufzurichten, so fürchtbar an sich auch der Gedanke sei, daß dem Gesetz 5 Menschen zum Opfer fallen sollen. Die in politischer Leidenschaft an dem Leben eines anderen sich vergangen. Aber die Staatsautorität könne und dürfe sich nicht der Strafe bengen, wenn sie sich nicht dreizehen wolle.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Vertikale über deren Raum 25 Rpf., Kolumnenpreis 40 Rpf., Kolumnenpreis 100 Rpf., Zusätze, Offerte und Anzeigenentwurf 10 Rpf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Nachschickens hinfällig wird, ebenso wenn die Zahlung nicht innerhalb 3 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Zeitungsverträgen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Geschäftsstand für beide Teile in Neuenbürg. Für teile Aufträge wird keine Gewähr übernommen. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Wege aus deutscher Not

Der Wagemann-Plan

In der Artikelreihe 'Wege aus deutscher Not' erläutere wir nachgehend den Währungsreformplan Geheimrat Wagemanns, des Präsidenten des Statistischen Reichsamtes. Dieser Plan verdient heute wieder umso größere Beachtung, als zu den Mitarbeitern Wagemanns der gegenwärtige Reichswirtschaftsminister Professor Warmbold gehört.

Von allen großen Plänen zur Überwindung der deutschen Wirtschaftskrise ist der Geld- und Kreditreformplan Geheimrat Wagemanns der einzige, der an die wirkliche Quelle des Übels berührt. Denn es sind in Deutschland Produktionsmöglichkeiten genug vorhanden. Es fehlt uns weder an Rohstoffen noch an Warenbedarf. Nur das Kapital mangelt uns, ohne das nach dem bekannten Satz des alten Sabel kein Schornstein raucht. Das deutsche Kapital ist teils festgelegt worden, teils hat es sich veringert durch die Ertragslosigkeit der deutschen Produktion, in Sparbüchsen oder sogar ins Ausland verflüchtigt.

Wagemanns Kampf gegen die Deflation ist keineswegs von inflationistischen Absichten getragen. Er erkennt durchaus an, daß man die gegenwärtigen Deflationsercheinungen nicht durch eine zweite Inflation beseitigen kann. Einmal würde eine panikartige Angst in die Sachwerte die währungspolitischen Wirkungen einer Vermehrung des Geldes sehr schnell wieder machen. Und selbst wenn das nicht der Fall wäre, würde einer inflationistischen Überdrückung von Finanzschwierigkeiten früher oder später nur neuer Deflationsdruck folgen. Eine künstliche Vermehrung des Notenumsatzes lehnt Wagemann daher grundsätzlich ab. Sein Plan läuft vielmehr darauf hinaus, durch eine Reform des Geld- und Kreditwesens den Sparern und Depositeninlegern wieder neues Vertrauen einzuflohen.

Das Hauptstück des Wagemann-Planes ist die Aenderung der veralteten Deckungsbestimmungen des Bankgesetzes. Die für den Zahlungsvorkehr der deutschen Verbrauchswirtschaft erforderlichen kleinen Noten bedürfen keiner Ansicht nach einer Deckung durch Gold und Devisen überhaupt nicht, weil sie durch die täglichen Zahlungen mit dem Devisenmarkt in feiner Weise zusammenhängen. Es genügt vollkommen, wenn

diese kleinen Noten jederzeit in große, d. h. durch Gold und Devisen gedeckte Noten eingelöst werden und wenn ferner ein Höchstmaß für die Ausgabe der kleinen Noten gesetzlich festgelegt wird, das dem Bedarf der inländischen Verbrauchswirtschaft entspricht. Dadurch werden die Geld- und Devisenexporte der Reichsbank frei, um die großen Noten und die Giralgelder zu decken, die für den Bedarf der Produktion an Zahlungsmitteln erforderlich sind. Wagemann hält es nämlich für unbedingt nötig, den Giralgeldverkehr gleich dem Notenumlauf mit besonderer Sicherheit zu umgeben. Diese Anschauung erhält nachträglich eine Befestigung dadurch, daß heute manche Leute glauben, man könne das Giralgeld zwecks Kreditausweitung beliebig vermehren, wenn man nur den Notenumlauf nicht vergrößert. Das ist ein Irrtum, denn die Giralgelder der Banken sind ebenso Zahlungsmittel wie die Noten. Ihre beliebige Vermehrung muß die gleichen inflationistischen Wirkungen zeitigen. Wagemann fordert deshalb, daß der Giralgeldverkehr von dem üblichen Bankgeschäft abgetrennt und besonderen Verwaltungen übertragen wird. Der Reichsbank soll dadurch eine bessere Kontrolle der Ausweitung des Kreditvolumens ermöglicht werden.

Unter der Voraussetzung dieser Sicherung hält es Wagemann für unbedenklich, für drei Milliarden Reichsmark kleine Noten auszugeben, die nicht durch Gold und Devisen, sondern durch eine verzinsliche öffentliche Schuld gedeckt sind. Damit würden der öffentlichen Hand Mittel gegeben werden, die Reichsbank von Finanznöten zu entlasten und die eingekesselten Kredite der Banken und Sparbanken aufzulösen. Die Reichsbank soll dadurch in ihrer Kreditpolitik wieder freie Hand bekommen und in die Lage versetzt werden, die Privatwirtschaft ausreichend mit billigen Krediten zu versorgen.

Das Ziel des Wagemann-Planes ist also keine Neuschöpfung des Kredit aus dem Nichts, sondern eine organische, von der Reichsbank kontrollierte Kreditausweitung. Eine von den gegenwärtigen festgesetzten Kreditbeschränkungen ist die Kreditpolitik wieder in erster Linie konjunkturpolitisch einzustellen. Aber Wagemann hebt ausdrücklich hervor, daß man von einer Währungsreform allein keine Überwindung der Wirtschaftskrise erwarten darf. Sie kann sie nur wesentlich erleichtern, indem sie die Voraussetzungen für eine Beseitigung der Kreditkrise schafft. Da aber die Kreditkrise die Hauptsache an dem Darunterliegenden der deutschen Wirtschaft trägt, plant Wagemann in ihr den Angelpunkt für eine große Reformaktion gefunden zu haben. Der Wagemann-Plan ist darum heute noch ebenso aktuell wie zur Zeit seiner Veröffentlichung.

Aus Stadt und Land

Nachdruck der Lokalberichte ohne Quellenangabe untersagt

(Wetterbericht. Der Draufastig über Mitteldeutschland weiter zu, so daß für Freitag und Samstag Nachlassen der Bewölkung und vorwiegend heiteres und trockenes Wetter zu erwarten ist.

Wirtenfeld, 21. Aug. (Aus dem Gemeinderat.) Durch das schöne Erntewetter ist die letzte Gemeinderatsitzung ausgefallen und es war dafür die Tagesordnung der heutigen Sitzung umso umfangreicher. Der Ratsschreiber befindet sich bis Ende dieses Monats im Urlaub. — In der Bausache Frölich im Schönbüchel wird beschlossen, die ohne Genehmigung erstellten Bauten zwar nicht mehr abtragen zu lassen, jedoch zu verbieten, daß diese Teile wohnbar eingerichtet werden. — Wegen die Herabsetzung der Zuschüsse für Erwerbslose hat der Vorsitzende Besanwerbe eingelegt, die vom Gemeinderat gutgeheißen wird. — Zur Beratung des neuen Waldwirtschaftsplanes soll der Ortsvorsteher zu einem Waldgang einladen. — Die Rationalisierung der Dietlingerstraße soll, wie die Bauwirtschaft an einen Unternehmer vergeben werden, mit der Inangriffnahme der Arbeit wird so rasch wie möglich begonnen. Die Anliegen der Dietlingerstraße werden gebeten, sich danach einzurichten. — Die Regelung der Verabreichung eines Weggeldes für die Woihsfahrräderbesitzer, die im Steindub Schönbüchel arbeiten, wird auf die nächste Sitzung vertagt, da die einzelnen Fraktionen vorher dazu Stellung nehmen wollen. — Der neue Polizeiwachmeister Kieper wird die Wohnung im Rathhaus beziehen. Der Gemeinderat überträgt dem Bauausschuß, die Wohnung anzusehen und was erforderlich ist, richten zu lassen. Polizeiwachmeister Oelschläger, der schon lange Jahre trau und gewissenhaft zur vollen Zufriedenheit seiner vorgelegten Behörde und der ganzen Einwohnerschaft in der Gemeinde Polizeidienst geleistet hat, hat um Kuradelegung nachgesucht. So ungern auch die Gemeinde und der Gemeinderat den trauen Beamten scheidet sieht, wird vom Gemeinderat dem Wamtsche entprochen und der Antrag an die Postkonfesse für Körperlichkeitsbescheinigung weitergeleitet, da nach ärztlichem Gutachten Polizeiwachmeister Oelschläger zur Verübung des Polizeidienstes nicht mehr imstande sein wird. — Die Arbeiter im Gemeindefeld mußten bei der warmen Witterung das Trinkwasser tiefer in Flößen herbeibringen, wobei viel Zeit auf dem Weg liegen blieb. Um dies zu verhindern, wird die Beschaffung eines Kessels um den Preis von 3 RM. zur Zubereitung von Tee genehmigt. — Einen großen Teil der Sitzung füllten die Fürsorgefachen aus, die als nichtöffentlich behandelt wurden.

Wirtenfeld, 21. Aug. Der Briefstabenverein 'Eilbote' kann auch dieses Jahr wieder mit Befriedigung auf seine bisherige Tätigkeit zurückschauen. Der Verein beteiligte sich dieses Jahr an sämtlichen Fügen der Vereinigung. Bei dem ersten Flug ab Landshut (58 km) legte der Verein 35 Tauben und errang 8 Preise. Beim zweiten Flug ab Passau (365 km) legte der Verein 33 Tauben und errang bei sehr schlechtem Wetter 3 Preise. Zum dritten Flug ab Linz an der Donau (450 km) legte der Verein 25 Tauben und errang 8 Preise. Am gleichen Tag hielt der Verein auch seinen Votastflug ab und konnte denselben unter alter Räuder Die in erringen. Zum vierten Flug ab St. Bälten (280 km) legte der Verein 19 Tauben und errang 3 Preise. Zum letzten Flug, zugleich Nationalflug, ab Badapelt, wurden 10 Tauben gesetzt, die Entfernung betrug 780 km. Unser Verein holte 2 Preise. Die erste Taube erhielt Wolf Keller und die zweite Karl Groß. Gut Flug auf im nächsten Jahr!

Höfen a. Erz, 25. Aug. An der Beerdigung des auh tragliche, geheimnisvolle Weite verunglückten Holzvermeher Otto Schrey beteiligte sich nicht nur die ganze Einwohnerschaft sondern auch eine überaus große Trauergemeinde von nah und fern. Kameraden spielten ihrem lieben Otto die Trauermusik, der Sängerkreis hatte die Gesänge übernommen. Der Geisliche zeichnete in seiner Trauerrede den in der Wäur der Jahre so plößlich Verstorbenen als einen allseitig fleißigen, lebenswichtigen, weiselebenden Bürger. Vorbildlich war sein Verhältnis zu seiner Gattin und zu seinen Eltern, dessen Stolz und Hoffnung er, der Einzige, war. An seinem Grabe wurden Äranze niedergelegt von der Musikkapelle Höfen (er war der Gründer derselben), von den Angehörigen der Firma Wehlich & Cie., von der Mikrofonie des Turnvereins, von den Altersgenossen und von dem Musikverein Bilsdorf. Ein arbeitsames, hoffnungsvolles Leben hat seinen vorzeitigen Abbruch gefunden. Dem Verstorbenen war der Dobingegangene ein lieber Freund und unerschütterlicher Mitarbeiter im Dienst an der Jugend, im Turnkreisvorsitzender. Obere seinem Andenken!

Sondergericht in Berlin

Berlin, 21. Aug. Das Erste Berliner Sondergericht verurteilte am Mittwoch um 15 Uhr folgenden Urteilspruch gegen die Angeklagten Schmidte und Bidel:

Der Angeklagte Schmidte wird wegen Landfriedensbruchs und Gewalttätigkeit gegen Personen zu 10 Jahren Zuchthaus bei Abschaffung der erlosenen Untersuchungshaft verurteilt. Der Angeklagte Bidel wurde freigesprochen.

Angeklagt war der Kommunist Paul Schmidte des schweren Landfriedensbruchs und der Begehung einer Gewalttätigkeit mit einer Schusswaffe, außerdem der Nationalsozialist Franz Bidel wegen unerlaubten Führens einer Schusswaffe. Beide Angeklagten bestritten ihre Tat. Als Hauptbelastungszeuge gegen Schmidte trat der nationalsozialistische Maschinenbauer Bruno Jordan auf, der mit Bestimmtheit angibt, daß Schmidte auf ihn und andere Nationalsozialisten geschossen habe.

Nach der Urteilsbegründung erlitt der zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilte Angeklagte Schmidte, als seine Mutter an die Anklagebank herantrat, um sich schützend vor ihm zu verordnen, einen hochgradigen Erregungsanfall. Er wollte sich nicht abwenden lassen, so daß ihn 4 Justizwachtmeister mit Gewalt fortzuschleppen mußten. Die Mutter rief: 'Ich gebe nicht allein nach! Das lasse ich nicht überfahren. Mein Kind ist ja unschuldig!' Der Verteidiger des Angeklagten Schmidte mußte die schluchzende Frau beruhigen und hinausgehen.

Die Regierungsbildung in Thüringen

Weimar, 21. Aug. (Fig. Wld.) Der neugewählte thüringische Landtag, der am Dienstag zum ersten Mal zusammentrat, hat beschlossen, am Freitag, 26. August, die Regierungsbildung vorzunehmen. In diesem Zusammenhang wird von einem Teil der Presse gemeldet, daß das Landtagspräsidium den Führer der nationalsozialistischen Fraktion, den Abgeordneten Zulte beauftragt hat, mit dem Landvolk Verhandlungen über eine Regierungsneubildung zu führen. Eine Behauptung dieser Art ist an zuständigen Stelle war in später Nachtstunden nicht mehr zu erhalten. Es ist aber wahrscheinlich, daß Verhandlungen in dieser Richtung geführt werden, denn

nach den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen im thüringischen Landtag können nur die Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Landvolk eine Regierung bilden.

Lord Rothemere sollte König werden

London, 21. Aug. In der 'Daily Mail' macht Lord Rothemere die Enthüllung, daß er vor etwa 4 Jahren wiederholte und von einschläferlicher Seite stammende Aufforderungen erhalten habe, sich als Kandidat für den ungarischen Thron zur Verfügung zu stellen. Der ungarische politische Schriftsteller Katos sei damals eigens nach Skottland gefahren, um ihn zu einer Annahme der Kandidatur zu bewegen. Er habe jedoch abgelehnt, da er es nicht für richtig halte, daß Ungarn einen ausländischen Monarchen an der Spitze habe.

Schobers Geheimtrefor

Der verstorbene Bundeskanzler unseres V�ndervolkes und ewige Gegenpieler Dr. Seipel's, Johannes Schober, der vor wenigen Tagen gestorben ist, macht, wie man jetzt hört, von den Geheimnissen der Diplomaten seiner Epoche keine Ausnahme: auch er ist Remoireskreuzer. Man teilt uns Wien mit, daß in seinem Schreibtisch ein Geheimtrefor eingekleidet ist, der seine Tagebücher beherbergt, die interessantes und hochaktuelles Material enthalten sollen. Schon fröher sind Schober von deutschen, englischen und amerikanischen Verlagen hohe Summen geboten worden, wenn er ihnen Einbild in diese Angelegenheiten gewähren würde. Schober hat das stets abgelehnt. Sicherlich darf man manche sensationelle Überlieferung erwarten, denn Schober ist nicht nur einer der bestinformierten Politiker des alten, sondern auch des neuen Osterreich gewesen und viele Politiker hätten sich ihm sicherlich während seiner Amtszeit als Bundeskanzler und Außenminister verlagert, wenn er nicht 'das Wissen eines Houbet' gehabt hätte. So kann es kommen, daß seine Memoiren vielleicht den gleichen Eindruck in Osterreich erwecken, wie seinerzeit die Erinnerungen des Fürken Willow in Deutschland. Wir können nur bedauern, daß die Diplomaten nicht schon zu ihren Lebzeiten den Defekt ihrer Geheimtrube aufmachten.

Standarten im Nebel

Roman von Herbert S. Frederdorff.

Copyright by: Carl Duncker Verlag, Berlin W. 62.

41. Fortsetzung.

„Jawohl, Erzellenz!“

„Einzel, Schwärmen über, immer zwei Kerle zusammen drillen, bis sie wie Zwillinge zusammenhängen, abfließen lassen beim Feuern. Sie werden alles Nötige gestellt bekommen. Ich gehe jetzt nach Königsberg, werde dort eine Weile bleiben müssen. Sie sehen sich in Marienwerder fest, werde Sie bei den dortigen Behörden avisieren, in Ordnung, mein Sohn?“

Friedrich schreit, flammelt auf

„Ja, jawohl!“

„Ich weiß nicht, ob Sie sich was aus Orden machen, eingepfunden hat' ich Sie. Ob Sie einen bekommen, weiß man nie, die Herren in Berlin haben oft merkwürdige Vorstellungen von Courage. Na — wird vielleicht doch werden, leben Sie wohl, mein Junge, wir sehen uns in diesem Jahr nicht zum letzten Male!“

Er drückt Friedrich die Hand, umarmt Eva, stapft hinaus.

Friedrich versucht munter, das verlegte Bein ein wenig anzuhaken.

„Es geht schon, Eva, paß auf, jetzt wird es doppelt schnell gehen.“

Der Adjutant Radonalds, der dem König die unerhörte Handlungsweise des Generals von Nord melden soll, reißt doppelt so schnell wie Major Thiele, kann alle Erleichterungen der kaiserlichen Kurierpost benutzen, wechselt alle paar Stunden die Pferde — kommt lange vor Thiele in Berlin an.

Am Abend des 4. Januar raste die Post in Berlin ein. Der französische Adjutant begibt sich sofort zum Marschall Angereau, bei dem der Staatskanzler und Graf St. Marlan zum Abendessen sind. Hardenberg nimmt die Nachricht entgegen, überfliegt den Brief Radonalds, die Schreiben Nord's und Massenbach's an den Marschall, ent-

schuldigt sich sofort und begibt sich zum König, der vor wenigen Stunden in Berlin angekommen ist.

Friedrich Wilhelm liest die Hiobspost, wie Hardenberg sie nennt, ist zuerst ruhig, fährt dann, als er den ganzen Umfang der Ereignisse zu übersehen beginnt, empor:

„Der Schlag könnte einen rühren — der General ist wahrhaftig! Sofort, Hardenberg, fertigen Sie sofort den Befehl aus: Nord ist meines Kommandos entzogen, abgelegt, wird arretiert bis zum Spruch des Kriegsgerichts! Befehl übernimmt bis auf weiteres Kleist. Mein Flügeladjutant Rahmer soll die Befehle sofort nach Ostpreußen bringen!“

Hardenberg versucht matte Einwendungen, der König ist aufgesprungen:

„Es geht nicht um uniere Empfindungen, es geht um mein Wort. Alle die Nachrichten, auf die Nord Bezug nimmt, sind unzuverlässig; noch lebt Napoleon, noch sind wir keine Alliierten. Lassen Sie die Ordres sofort ausfertigen und legen Sie sie mir vor! Kein Wort mehr, Nord ist ein erledigter Mann!“

Am nächsten Morgen erst kommt Thiele an, wird zu seiner Überraschung scharf behandelt, aber sogleich vorgelesen, findet den König in zorniger Aufregung. Er legt seine Schreiben vor, der König läßt ihn in Haltung stehen, bis er die langen Berichte gelesen hat, ist dann weniger ungnädig:

„Daß der Nord mir meine Truppen erhalten wollte, ist ja gut und schön, aber daß er diese infame Konvention abschließt, daß er, ein Offizier, es wagt, sich politisch zu betätigen und die Regierung meiner wehloren Provinz Preußen kompromittiert, das verzeihe ich ihm nicht! Reiten Sie zurück, mein Adjutant bringt die erforderlichen Befehle direkt nach Preußen!“

Der Kapitän Legrand steht in seinem Quartier in Etbing vor dem Spiegel und steht in das halbblinde Glas: Da bin ich — Uniform, Säbel, Pistole im Gürtel, Rot, Blau und goldene Tressen — steht gut aus — gut! Lächerlich — ich habe es lange nicht bemerkt — habe mich nicht gedrückt — wie?

Sein Bild trifft auf die Orden an seiner Brust: Kein, Anerkennung — vorbei! Ich kann nicht mehr; bin ich feige, weiß ich gehen will? Bin ich mutlos, weiß ich

dies alles zu lassen und zu verachten beginne? Wenn ich ein Preuze wäre, dächte ich nicht an das, was ich nun tun werde. Kampf für die Freiheit meiner Helmet — ja — Kampf für sinnlose Eroberungen — nein, nein, nein!

Er wendet sich ab, geht zu einem Stuhl, auf dem Zivilkleider liegen, beginnt, sich rasch umzuziehen.

Eine Viertelstunde später steht an Stelle des ordentliches französischen Offiziers ein schlanker Jüngling vor dem Spiegel, sieht sich an, nicht unmerklich, ein kurzer Blick streift die Uniform zur Seite. Er geht noch einmal zu seinem Degen, zieht ihn halb aus der Scheide, schüttelt den Kopf, nimmt dann die Pistole an sich — sie ist geladen — für alle, auch für den äußersten Fall.

Aber da ist der Spiegel, dem man nicht entgegen kann, da steht einer im Spiegel, steht still darin, die Pistole in der Hand, sieht sich an, steht an sich vorbei — hinter sich, da steht ein Stuhl — Kleider darauf — was ist das, ein Stuhl mit bunten Kleidern, nicht wahr?

Nein, da liegt mehr, auf dem Stuhl da liegt deine Vergangenheit, Legrand, dort liegt alles, was du bis zu diesem Augenblick warst, vertratet, vorstelltest.

Du willst weg, mein Sohn? Gut und schön, sehr gut und schön. Gefällt dir nicht mehr? Etel vor dem Hande, wert?

Kann man verstehen, immer verstehen. Kur jetzt nicht, in diesem Augenblick nicht!

Hättest gehen müssen, als Napoleon noch Rußland aufbrach. Hättest dich formachen sollen, als der Korle auf dem Eiseganz war, unänderndlich — mächtig, herr Europas. Aber jetzt — deziertieren? Jetzt, wo die Waage sich neigt, wo Frankreich vor dem Reuen, vielleicht Furchtbarsten steht?

Sieh dich nur an, Jüngling in Bürgerkleidern, Pistole in der Hand — Selbstmord? So billig? Nein — gut — weglaufen? So teuer? Man kann die Freiheit nicht erkaufen, indem man die Ehre verfallen läßt. Man kann nicht das Leben erkaufen, indem man alles leugnet, alles verleugnet, was man erlebt hat.

In talender Hast zieht sich Legrand nochmals um, steht wieder in der alten Uniform da, höft die Pistole gelassen ein, umklammert den Griff des Degens:

(Fortsetzung folgt)

Der freiw. Arbeitsdienst im Oberamtsbezirk Neuenbürg

Von Friedrich Blais, Neuenbürg

(Nachdruck, auch auszugsweise, verboten!)

L

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland hat längst aufgehört ein individuelles Problem zu sein. Das Leben ohne Arbeit ist zum Schicksal und damit zur wichtigsten Lebensfrage mehr denn eines Viertels der Gesamtbevölkerung des Reiches geworden. Ende Juli betrug die Zahl der bei den Arbeitssüßern gemeldeten Arbeitslosen rund 5.000.000. Unterstützt wurden davon in der Hauptunterstützung und der Arbeitslosengeldsicherung zusammen rund 2.111.000. Die Zahl der Arbeitslosen betrug am gleichen Zeitraume 2.224.000. Zu Beginn des Jahres 1930 nannte die gemeindliche Wohlfahrtsstelle nur 350.000 Unterstützte, Ende 1931 war ihre Zahl schon auf 1.697.000 gestiegen. Wohl meldet die letzte Statistik des Landesamtes einen Rückgang der Zahl der bei den Arbeitssüßern gemeldeten Arbeitslosen um rund 50.000, bemerkt aber gleichzeitig hierzu, daß dieser Rückgang nicht allein aus arbeitsmarktlagen Gründen erklärt werden kann, sondern daß durch die Einführung der verkürzten Prämien der Hilfslosigkeitsgesetz eine starke Senkung der Zahl der Unterhaltungsmaßnahmen eingetreten sei. Da erfahrungsgemäß das Ausbleiben aus der Unterstützung vielfach auch eine Nichterkennung des Arbeitsgeschehens zur Folge habe, sei ein großer Teil der zahlenmäßigen Rückgänge hierauf zurückzuführen. Die Zahlenangaben des Reichsarbeitsamtes sind daher auf dem Papier und buchungsgemäß wohl unbedingt richtig, im Wirklichen liegt aber die Hälfte der tatsächlichen Arbeitslosen viel über die Statistik des Amtes und die bei ihr gemeldeten Arbeitslosen an. Die Anzahl der in jeglicher Unterstützung Ausgesprochenen, die sich längst bei keinem Arbeitsamt mehr melden und auch nicht mehr zu melden brauchen und die nach einer zuverlässigen Schätzung mit einer Million veranschlagt werden, ist heute beinahe über Deutschland verstreut, ist darin nicht enthalten. Doch selbst bei Auslassung dieser bedeutenden Zahlen der von keiner Statistik erfaßten Arbeitslosen leben heute in Deutschland, wenn man auf jeden Unterstützten zwei Angehörige rechnet (im Durchschnitt eher ein niedrigerer Prozentsatz), rund 16,2 Millionen von der Arbeitslosenshilfe. Das ist, verglichen mit der letzten Volkszählung, die für Deutschland 22.474.572 Einwohner nennt, mehr denn ein Viertel unserer Gesamtbevölkerung.

Um einen Ausweg aus diesem Notzustand bemühen sich seit Jahren Vereine und Unternehmungen. Jahrelang wurde viel geredet, viel geraten und sehr wenig — getan. Erst die Aufstellung der Arbeitslosenziffer in die Millionen führte zu entschlossener Erörterung und Planung. Immer mehr trat der Gedanke eines Arbeitsdienstes mit möglichst freiwilligem Charakter in den Vordergrund. Doch auch hier blieb es jahrelang bei der Erörterung der Möglichkeiten am grünen Tisch. Einmal sei hier der Gedanke einer jungen deutschen Arbeiterschaft gedacht, die den Arbeitsdienst schon 1925 aus Bayern mitbrachte und ihn in Deutschland zuerst in die Tat umsetzte. In die Tat umsetzte mit beachtlicher Ausdauer und es nicht beim üblichen löcherigen Marktbelieben, jene Handvoll Studierten, die im Sommer 1925 aus eigenem Antrieb in Hannover einen Arbeitsdienst begannen, sind die Pioniere des heutigen freiwilligen Arbeitsdienstes gewesen. Ihren Beginn im kleinen Rahmen und unter fast unüberwindlichen Schwierigkeiten folgten Jahre eifriger Arbeit am Arbeitsdienstgedanken. Die Bündische Jugend, ehemalige Freikorps und Studenten waren es, die weiterbauten am Gedanken der freiwilligen Dienstleistung. Arbeitslager entstanden, die in ihrem Aufbau und ihrer inneren Gestaltung den heutigen noch immer als Vorbild dienen. Aus der noch Tat und Begeisterung stehenden Jugendbewegung wurde der freiwillige Arbeitsdienst geboren, und muß deshalb auch ihre Ehre bleiben.

Was anfänglich nur dem Wirken enger Kreise und Verbände vorbehalten blieb, das führte die tiefenhafteste Aufschwümmung der Arbeitslosenziffern anorganiert zu den verschiedenen und vielfältigen für weite Kreise und für das ganze Reichgebiet. Wer vonseiten der Arbeitssüßern zur Arbeitslosenziffer in der Notstandsarbeit und ihre finanzielle Unterstützung schon immer mit Erfolg angewandt worden, so trat der freiwillige Arbeitsdienst seine Durchführung und Förderung im Bereiche ihres Wirkens erst im Sommer 1931 in Erscheinung. Dank der den Amtlern zur Verfügung stehenden weitverzweigten Organisation erlebte er aber innerhalb Jahresfrist einen stauenerwarteten Aufschwung. Im Bereich des Landesamtes Süddeutschland, d. h. in Baden, Württemberg und Hohenzollern, wurde im August 1931 mit den ersten Maßnahmen zur Einführung des freiwilligen Arbeitsdienstes begonnen. Betrug die Zahl der in ihm Beschäftigten im August noch 60, so stieg sie im Oktober bereits auf 168, erreichte im Dezember schon 481, Ende Februar 1932 bereits 1405, Ende April 2046, Ende Mai 4561 und betrug Ende Juni 5564. An erster Stelle der Wirksamkeit auf diesem Gebiet im Bezirk des Landesamtes Süddeutschland steht der Bezirk des Arbeitsamtes Forstheim, der von der Gesamtzahl der Beschäftigten von rund 5700 in Juni allein 1227 Unterhaltungsempfänger und 55 Wohlfahrtsloseneingetragene beschäftigte. Ende Juli sogar 1450. Insgesamt war bis Ende Juni 1932 vom Landesamtsamt 9400 Arbeitslosen in im ganzen 300 Arbeitsdienstleistungen beschäftigt worden, von denen bis Ende Juni ungefähr der vierte Teil wieder beurlaubt war. Am ganzen Reichgebiet werten im freiwilligen Arbeitsdienst zu Anfang Juli 1932 rund 2000 Personen beschäftigt, zu denen im August noch weitere 2500 Dienstwillige traten. Vor Beginn des Winters sollen in ihm noch weitere 100.000 untergebracht werden.

Wie schon erwähnt, steht mit der Einführung und Durchführung des freiw. Arbeitsdienstes im Bereiche des Landesamtes Süddeutschland das Arbeitsamt Forstheim und sein Verwaltungsbezirk, das unter der Leitung von Oberregierungsrat Bühler und Direktor Schnaithmann steht, an erster Stelle. Direktor Schnaithmann war es auch, der am 26. Januar 1932 in Neuenbürg vor den Vertretern der staatslichen und amtserhebungsamtlichen Behörden, vor den Ortsvorstehern und den Geistlichen der Bezirke vorüber über Zweck und Ziele des freiw. Arbeitsdienstes sprach und mit seinen erläuternden und werbenden Worten den Grund legte für die Umbildung und Durchführung der bestehenden Werke, die inzwischen im Oberamtsbezirk im Wege des freiw. Arbeitsdienstes geschaffen wurden. Nicht unwichtig ist hierbei auch Herrar Koch aus Feldruhnach, der Förderer dieser für den Oberamtsbezirk und eine große Zahl seiner Arbeitslosen so bedeutungsvoll gewordenen Veranstaltung. Die Ausführungen des Direktors Schnaithmanns über den Aufbau des Dienstes und die im leitenden Gesichtspunkte der geistlichen und bürgerlichen Erziehung und Förderung vor allem der arbeitslosen Jugend wurden zum Ausgangspunkt umfassender Maßnahmen im gesamten Bezirke. Das Beispiel der Gemeinde Birkenfeld, die damals schon als erste im ganzen Bereiche des Landesamtes überbaut einen zwei freiw. Arbeitsdienste mit offenen Lagern durchführte, wurde zum Lehrbeispiel für den Oberamtsbezirk und weit über seine Grenzen hinaus. Jahrelang war die Zahl der Beschäftigten, denen Bürgermeister Neubaus, der unbeschränkte Pionier des freiw. Arbeitsdienstes, Rede und

Antwort stehen mußte, und zahlreich war die Zahl der Ortsvorsteher, die die Leiter des Arbeitsamtes Forstheim um Rat und Auskunft über diesen neuen Weg der Arbeitsbeschaffung angingen. Ihnen vor allem, nicht nur dem Arbeitsamt, brachten die Beratungen, die Organisation und die Verwaltung der örtlichen Arbeitsdienste selbst eine Fülle neuer Arbeit und großer Zeitaufwände, und wer über das Zustandekommen und den Ausbau des Arbeitsdienstes im Bezirke berichtet, darf in den Reichen keiner Förderer und Bewunderer nicht die Ortsvorsteher vergessen, die an ihrem Fleiß und seiner Weiterführung unendlich viel Kleinarbeit zu leisten hatten und noch weiterhin zu leisten haben.

Neben den Arbeitssüßern rief die Not der Zeit einen Betreuungsrat, einen geistlichen Mitarbeiter auf den Plan, dessen Mitarbeit im Dienste selbst demselben die notwendige sinnvolle geistliche Gestaltung gibt. Auch hier war Württemberg an erster Stelle mit seinem „Heimatwerk“, einer Gründung mehrerer im Dienste der Volksbildung und der Jugendpflege lebenden Verbände. Das württembergische „Heimatwerk“ (Baden ist insofern diesem Beispiele gefolgt) steht unter der Leitung von Direktor Baurle in Stuttgart und ist heute fast im ganzen Lande mit der Durchführung der gesamten in den Bestimmungen des Dienstes vorgezeichneten Betreuungsmahnahmen und der Freizeitgestaltung sowie der Begleitung überhaupt betraut. Dankenswerterweise wird dessen Bezirksleiter Dr. Mart in zum Befehlshaber des Gesamtbezirktes eine umfassende Darlegung der Aufgaben, der Zweck und Ziele der Arbeit des Heimatwerkes geben. Bedenkt doch gerade die Arbeit der Betreuung- und Lagerleiter der einzelnen örtlichen Arbeitsdienste eine der Hauptaufgaben des freiw. Arbeitsdienstes und seiner Ziele überbaut.

Die Verordnung vom 16. Juli 1932 brachte dem freiw. Arbeitsdienste und seinen Ausführungsbestimmungen nicht unbedeutende Abänderungen. So erhöhte die bisherige Förderung bis zu 2,— Ml. pro Tagewerk eine Änderung dahingehend, daß nunmehr nur noch in geschlossenen Lagern (gemeinsame Küche und gemeinsamer Unterkunft) pro Tagewerk 2,— Ml. bei halboffenen (mit gemeinsamer Küche) 1,50 bis 2,— Ml. und bei offenen Lagern (ohne gemeinsame Küche und Unterkunft) nur noch 1,50 bis 1,00 Ml. als Förderung bezahlt werden. Im Oberamtsbezirk laufen, mit Ausnahme der erst in den letzten Tagen genehmigten Arbeitsdienste der Gemeinden Arnabach und Gräfenhausen und den a. N. noch beantragten der Gemeinde Neufas, noch sämtliche Dienste zu den alten Sätzen von 2,— Ml. pro Tagewerk. Die alten Anerkenntnisbestimmungen treten erst mit Ablauf des Jahres außer Kraft. Weiter steht die Verordnung, ausgehend von dem Gedanken, den freiw. Arbeitsdienst in der Hauptsache den jüngeren Arbeitslosen vorzubehalten, die Altersgrenze der Teilnehmer auf 25 Jahre fest, um so die Notstandsarbeit und ihre größere Verdienstmöglichkeit den älteren meist verbeirateten Arbeitslosen zuweilen zu können. Durch diese Altersbegrenzung wird für die Gemeinden daher in Zukunft auch die zusätzliche Unterbringung an vorbereiteter Dienstwillige unmöglich. Andererseits stellt aber gerade diese Bestimmung der Verordnung in Zukunft kleinerer Gemeinden, wie im nachfolgenden Berichte das Beispiel von Arnabach, Gräfenhausen und Neufas zeigt, vor außerordentliche Schwierigkeiten, da ihnen die Aufbringung der vorgedachten Teilnehmerzahl von 60 Prozent aus der Haupt- und Arbeitsunterstützung meist unmöglich ist. Vorteilhaft für den Träger der Arbeit ist die erhebliche Vergrößerung des Prozenttages der zum Dienste zugelassenen Jugendlichen. Wichtig sei ferner, daß die bisherige Förderungssatz von 30 Wochen bei vollwohlführlählichen wertvollen Arbeiten auf 40 Wochen erhöht werden kann, und daß die Landesamtsämter angewiesen sind, den hierfür geltenden Artikel 6 der Verordnung in weitestem Umfange zu handhaben. Hinsichtlich der Arbeitszeit von 6 Stunden pro Tagewerk, der Aufrechterhaltung der Krankenversicherung, der Unfallschutz und der Unfallversicherung der Teilnehmer wurde im Gegensatz zu den anderen Ländern des Reiches geht in Württemberg auch die Unfallversicherung der Dienstleistungsnehmer wie bisher über den Gemeinde-Betriebsverband. Neu ist, daß auch das Unternehmertum in Zukunft zum freiw. Arbeitsdienste zugelassen ist, jedoch nicht im gewinnwirtschaftlichen Sinne.

Nachstehend soll nun in gedrängter Kürze berichtet werden, was seit der Inbetriebnahme des freiw. Arbeitsdienstes im Oberamtsbezirke in seiner Ausübung und Förderung geschehen wurde. Geschaffen wurde vom Arbeitsamt und seinen Leitern, von sorgenden Ortsvorstehern und ihren Mitarbeitern, von einer Reihe betreuungsgestützter Lagerleiter und von Hunderten fleißiger Dienstleistungsnehmer, denen der freiw. Arbeitsdienst neue sinnvolle Gestaltung ihres Tagelohnens, gereizte und ernste Arbeit brachte.

Vorbildend im Bezirke war, wie schon zuvor erwähnt, die Gemeinde Birkenfeld, die als erste im Bezirk des Landesamtes Süddeutschland einen Arbeitsdienst in der Form eines offenen Lagers durchführte, wie er heute in den meisten Gemeinden des Bezirkes besteht. Der erste der Arbeitsdienste der Gemeinde Birkenfeld war Anfang Oktober 1931 die Verfertigung der von der Gemeinde eingerichteten Zwickelstücke für Erwerbslose durch Mädchen, die gleichzeitig durch die ebenfalls von der Gemeinde geleiteten Betreuungsmahnahmen für ihren Beruf als Hausfrau theoretische Ausbildung erfuhr. Der zweite sah sofort anschließende Arbeitsdienst begann am 14. Dezember 1931. Er war der eigentliche Wegereiter für sämtliche nachfolgende Arbeitsdienste im Oberamt und den verschiedenen Bezirken. Aus Leben gerufen von Bürgermeister Neubaus und unter seiner Leitung lösten 50 Arbeitsdienstwillige in 20 Wochen den FA-Weg, eine Verlängerung des Mühlweges durch den Gemeindevald bis zur Einmündung in die Staatsstraße unterhalb der Kalkfelsen Engelsbad. 600 Kubikmeter Erdbehebung, darunter 100 Kubikmeter reiner Kesselschutt, gab es zu bewältigen und außerdem 9000 Quadratmeter Vorlage zu stellen. Die technische Leitung hatte Ortsbaumeister Kurt. Für die Betreuungsmahnahmen hatten sich die Beamten der gesamten Ortsverwaltung, die Lehrerschaft und verschiedene sonstige Herren zur Verfügung gestellt und auch dieser Teil des Arbeitsdienstes muß in der Begeisterung seines Aufbaues als vorbildlich bezeichnet werden. Eine größere Schlußfeier vereinigte am 2. Mai Förderer, Träger und Teilnehmer des Dienstes unter großer Anteilnahme der Bevölkerung. Inzwischen war Mitte Februar bereits ein dritter Arbeitsdienst zur Herstellung des Schönbüchsweges eingeleitet worden mit diesmal 60 Teilnehmern. In ebenfalls 20 Wochen wurden in ihm 400 Kubikmeter Erdmassen, darunter 100 Kubikmeter reine Felsen, 800 laufende Meter Reinpflanzung, 600 Kubikmeter Grabenbau und die Stellung von 4500 Quadratmeter Vorlage geleistet. Am 9. Juli beendet, umfassen diese drei Arbeitsdienste zusammen rund 14.000 Tagewerke und brachten so etwa 28.000 Ml. Reichsgeld in die Gemeinde. Zur Zeit hat die Gemeinde ein viertes größeres Projekt (Bahngrenzerzeugung und Wegeverbesserung) mit 18.000 Tagewerken zur Durchführung im Wege des freiw. Arbeitsdienstes beim Arbeitsamt Forstheim zur Genehmigung eingehend. Es wird also seitens der Gemeindeverwaltung, gedrängt durch die in Birkenfeld besonders große Zahl der Beschäftigten, mit

Zorge getragen, daß Birkenfeld auch in Zukunft seine führende Stellung im Ausbau des freiw. Arbeitsdienstes weiter erhält. Bei einer Einwohnerzahl von 400 hat die Gemeinde heute etwa 100 Erwerbslose, darunter 125 Wohlfahrtsunterstützte und 30 zusätzlich Unterstützte, so daß sie wöchentlich 1500—2000 Ml. an Wohlfahrtsgeldern aufzubringen hat.

Von Bilsbad konnte dessen Bürgermeister Baehner bereits in der schon erwähnten Versammlung in Neuenbürg, in der Direktor Schnaithmann vom Arbeitsamt Forstheim zur Frage und Gestaltung des freiw. Arbeitsdienstes sprach, von den von ihm unternommenen Schritten zur Errichtung eines Dienstes berichten. Der nächstfolgende Tag brachte die Beschlußfassung des Gemeinderates und schon der 12. Februar die Anerkennung des Landesamtes zur Durchführung eines freiw. Arbeitsdienstes mit anfangs 2400, dann auf 3000 u. zuletzt auf 4200 erhöhten Tagewerken. Mit 48 Dienstwilligen, die sämtlich unverheiratet, wurde die Verbesserung einer 1000 Meter langen Strecke des Süßerweges im Gemeindevald Wanne vorgenommen. In teilweise nicht unerheblichen Erdbehebungsmahnahmen wurde der Weg auf 1 Meter erhöht, mit einer Vorlage versehen und mit Steinbeschlag eingedeckt. Dazu kam noch die Herstellung und Errichtung mehrerer 100 Meter Schloßwege und Rampen. Der am 29. März begonnene und zuletzt bis 15. August verlängerte erste freiw. Arbeitsdienst fand bereits einen Nachfolger in dem am 30. Juli genehmigten weiteren Arbeitsdienst mit einem Gesamtaufwand von 23.000 Ml. Er soll der Verbesserung einer weiteren 1750 Meter langen Strecke des schon genannten Süßerweges dienen und in 6000 Tagewerken (= 19.200 Ml. Förderung) sollen 80 Arbeitsdienstwillige Beschäftigung finden. Wichtig ist bei diesem neuen Dienste, daß die 48 Teilnehmer des bisherigen Dienstes weitere 20 Wochen an ihm teilnehmen dürfen, da die auszuführende Arbeit als volkswirtschaftlich wertvoll anerkannt wurde. Die örtliche Verwaltung erfolgt auch beim zweiten Bauabschnitt durch das Amt der Stadt. Zu dem neuen Dienst, dessen Förderungszeit vom 1. August bis zum 31. Dezember 1932 geht, sind 20 aus Reichsmitteln geförderte Arbeitsdienstwillige zugelassen. Die Betreuung in Bilsbad liegt in den Händen des Heimatwerkes und dessen Lagerleiter Ingenieur Spieß. Besonderer Umstände halber wird ein Teil der Betreuung an der Arbeitsstelle selbst durchgeführt. Der Lagerleiter hat der Betreuung durch vielfältige Aufstellung, gemeinschaftliche Ausflüge usw. eine besonders glückliche Kameradschaftliche Note zu geben verstanden. Die Stadtgemeinde hat unter bedeutenden Wohlfahrts- und Hilfsleistungen zu leisten. Zur Verringerung der größten Not wird derzeit in Sprollenhans eine 420 Tagewerke umfassende Notstandsarbeit, eine Verbesserung der Dorfstraße, durchgeführt mit einem Gesamtaufwand von 14.000 Ml. Für den Herbst, der mit dem Abbruch der Straße eine erhebliche Zunahme der Erwerbslosen bringen dürfte, sind zwei weitere Notstandsarbeiten geplant mit zusammen 8000 Tagewerken und einem Gesamtaufwand von 32.000 Ml.

(Fortsetzung folgt.)

Württemberg

Neumarkt, 24. August. (Folgeschmerzer Zusammenstoß.) Außerhalb des Orts an der Straßeneigung nach Bietzenberg stieß am Sonntagabend der ledige Schuhmacher Jakob Bahl von Gengenwald auf seinem Motorrad mit dem ihm entgegenkommenden Hofmeister Wilshaus zusammen. Er fuhr dabei so unglücklich, daß er unter die Räder des Autos zu liegen kam, wobei ihm beide Hüfte ziemlich schwer verletzt wurden.

Treudenzburg, 24. Aug. (Unfallwilliges Bad.) Ein Stuttgarter Omnibus fuhr mit einer Gesellschaft nach Baden-Baden. Bei einem Aufenthalt in Treudenzburg sollten photographische Aufnahmen gemacht werden, wozu als Hintergrund der große Reptilien-Brunnen diente. Ein besonders lustiger Fahrgast wollte zur Veranschaulichung des Bildes seine Person auf einer der Wassertröten thronen lassen. Er kam aber ins Rutschen und fiel in den etwa 3/4 Meter tiefen Brunnen. Es fanden sich sofort hilfsbereite Hände, die den immer wieder untertauchenden 30jährigen Mann herausziehen konnten. Tröstend wurde er in ein benachbartes Gasthaus gebracht.

Ludwigsburg, 24. August. (Großfeuer.) In dem Grobfeuer in der Celluloid- und Drahtwarenfabrik Kerichbaum Söhne, Wilhelmshafen, wird noch gemeldet, daß das Feuer im Architekturraum der Fabrik seinen Ausgang hatte. Die Belegschaft verließ kuckartig die Arbeitsstätte. Zum Teil sprangen die Arbeiter zu den Fenstern heraus. Die äußerst feuergefährlichen Celluloid-Rohstoffe befanden sich in unterstellten Räumen feuerfester und haben die Feuerprobe auch gut überstanden. Die haushohen Flammen boten den Tausenden Zuschauer ein schauriges Schauspiel. Die Bewohner der Nachbarkäufel waren in großer Aufregung und begannen zum Teil bereits mit der Räumung ihrer Wohnungen. Den verminten Feuerwehren gelang es aber, alle Nachborgebäude zu schützen. Von den Feuerwehrcräften stellten einige leichte Rauchverschmutzungen. Der Schaden ist sehr groß und geht in die Hunderttausende. Neben Halb- und Fertigwaren wurden auch sonstige Gegenstände, Autos usw., vernichtet. Die Firma soll ausreichend versichert sein.

Großgörlingen, 24. August. (Der Mineralbrunnen wird ausgebaut.) Nachdem schon vor einigen Wochen der für den Großgörlinger Mineralbrunnen vorgelehnte Stein eingetroffen ist und inzwischen für den in Frage kommenden Zweck bearbeitet wurde, ist jetzt mit dem Ausbau der Brunnenanlage begonnen worden. Die Einfassung steht bereits, auch wurden von sechshundertiger Hand die Zugangswegen gezogen, so daß in aller Eile die endgültige Fertigstellung der Gesamtbrunnenanlage, die neben der Verdrückung des gut schmeckenden Wassers auch noch ein gediegens Aromenpflähen geben wird, gerechnet werden kann.

Chingen o. D., 24. August. (Die falsche Haustüre eröffnet.) Ein Handwerker sollte in einem Nachbortoren einen Ofen umbauen. Dort angekommen, machte er sich an die Arbeit, da niemand zu Hause war. Zur Mittagszeit kam das Hausbesitzerpaar heim und nun stellte es sich heraus, daß der Handwerker im falschen Hause den Ofen abgebrochen hatte. Er hatte sich in der Haustüre geirrt.

Friedrichshafen, 24. August. (Zepplin-Freifahrt zu gewinnen.) Um einen größeren Anreiz zur Beschaffung des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ zu gewinnen, hat sich der Luftschiffbau entschlossen, auf je 3000 Beleger des Luftschiffes eine Freifahrt zu gewähren. Die Verteilung erfolgt nach einem besonderen Losverfahren. Die betreffenden Gewinner erhalten bei ihrem Besuch ein Glückwunschschreiben, das sie zur kostenlosen Teilnahme an einer Zepplin-Fahrt berechtigt. Gestern haben bereits zwei durchziehende Arbeiter aus Hamm in Westfalen je eine Fahrt nach Frankfurt am Main gewonnen, die am kommenden Sonntag stattfindet.

Kalen, 24. August. (Von einem Landjäger angehossen.) Als gestern Abend auf der Landstraße in der Nähe von Unterhochten ein Wanderer einen hiesigen Landjägerbeamten erblickte, ergreift er die Flucht und sprang über das Bahngleis und den Rocher dem Wald bei Neuhofen zu. Der Beamte mußte annehmen, daß der Flüchtling etwas auf dem Korbholz habe und nahm die Verfolgung auf. Nach etwa 1 1/2 Kilometer forderte der Beamte den Flüchtling wiederholt auf, zu halten, gab schließlich einige Schreckschüsse ab und als der Fremde trotzdem nicht halten wollte, erhielt er einen Schuß in den Oberschenkel. Der Verlegte, der eine Fleischwunde erhalten hatte, wurde mit dem Sanitätsauto ins hiesige Krankenhaus verbracht. Wie es scheint, handelt es sich hier um einen Italiener, der vor kurzem im Gefängnis in Blaubeuren eine Strafe verbüßt. Die weiteren Erhebungen werden ergeben, aus welchem Grunde der etwa 30 Jahre alte Mann flüchten wollte.

Künigsau, 24. Aug. (Reichwehrrangverweigerung.) Die 7. bayrische Division hält in der Zeit vom 19.—21. Sept. unter Leitung des bayer. Infanterieführers VII mit dem 21. bayer. Infanterieregiment und dem 13. würt. Infanterieregiment Brigademandover im Raume Rotenburg—Künigsau—Dombühl ab.

